

Zeitschriften-Spiegel

Kampf ums Überleben

Nr. 4/1970 des amerikanischen linksdemokratischen Magazins *Progressive* mit dem Titel „Die Krise des Überlebens“ untersucht die Herausforderung unserer Umwelt durch die Verschmutzung von Wasser und Luft, durch die Ausschöpfung natürlicher Ressourcen, durch den möglichen Atomkrieg und die Überbevölkerung, deren Folgen eine Vernichtung unseres Planeten sein könnten.

Inzwischen ist dieses Problem, von den etablierten Medien bis zum US-Präsidenten, als dringend lösungsbedürftig anerkannt worden. Politische Beobachter sehen hierin *das* Wahlkampfthema der kommenden Jahre, das sich jede Partei zunutze machen wird und das bei aller Wichtigkeit doch die Funktion hat, von anderen politischen Themen, wie dem Vietnamkrieg, abzulenken. Die Autoren des *Progressive*, Wissenschaftler, Politiker, Studenten, sehen im Gegenteil den Vietnamkrieg als das eigentliche Hindernis für Umweltverbesserungen an; sie betonen, von verschiedenen Standpunkten aus, den Zusammenhang zwischen den sozial-ökonomischen Strukturen und der Verseuchung der menschlichen Umgebung, die Armut und Rassismus einschließt. Die bisherige Praxis, soziale Spannungen mit einem ständig steigenden Brutto-sozialprodukt zu überdecken, hat eine „davonlaufende“ Technologie ermöglicht, die allmählich, wenn ihr nicht Einhalt geboten wird, das biologische Gleichgewicht des Lebens auf der Erde zerstören wird:

„Der Kampf ums Überleben wird öffentliche Gelder, öffentliche Verwaltung und Kontrolle in einem Ausmaß erfordern, das eine politische und soziale Revolution beinhaltet. Die Auseinandersetzung wird einerseits zwischen denen ausgetragen, die unsere gegenwärtigen unadäquaten sozialen, ökonomischen und politischen Institutionen der Aufgabe anpassen wollen, unsere zerstörte Umwelt zu sanieren und denen, die andererseits nur an privaten Profit und etablierte Macht denken und den politischen Institutionen, die Wache stehen, um Profit und Macht zu wahren und zu schützen . . . Die Wahl, sowohl in den Parteien wie außerhalb wird zwischen denen stattfinden, die Reden halten und Resolutionen verabschieden („ein verbales *overkill*“), und denen, die die Tatsachen erkennen und entsprechend handeln.“

„Möglicherweise reagiert keine der großen Parteien schnell und entschieden genug. . . und es entsteht eine große, neue Bewegung, die den durch die Instrumente der Demokratie geschaffenen Status quo angreift.“

Die Studentenbewegung hat den 22. April dieses Jahres am „Tag der Erde“ erklärt; sie

nimmt sich der Umweltprobleme am meisten an. *Denis Hayes*, einer ihrer Sprecher, formuliert:

„Wir können nicht gekauft werden, weil wir etwas fordern, was die bestehende Ordnung nicht produzieren kann. Wir fordern eine niedrigere Produktivität und eine gerechtere Verteilung . . . weniger willkürliche Autorität und eine größere Dezentralisierung der Macht, Wir fordern einen fundamentalen Respekt für der Natur, einschließlich des Menschen — sogar, wenn das manchmal zu ‚*inefficiency*‘ führen sollte.“

Hinweise

Die *Peking Rundschau*, Nr. 25/1970 veröffentlicht eine „gemeinsame Erklärung der Demokratischen Republik Vietnam und des Königreichs von Kambodscha“, in der es unter anderem heißt:

„Die Geschichte der letzten einhundert Jahre in Vietnam, Kambodscha und Laos hat bewiesen, daß alle Aggressoren, ob französische Kolonialisten, japanische Faschisten oder US-Imperialisten, immer ein Land als Sprungbrett zur Eroberung der beiden anderen Länder benützt haben . . . und daß der Kampf jedes einzelnen Volkes um Unabhängigkeit und Freiheit die wirksamste und energischste Unterstützung für die Sache der Rettung der Nation der beiden benachbarten Brudervölker bedeutet . . . Niemals war die Situation im heiligen Widerstand des vietnamesischen Volkes, des Volkes der Khmer und des Volkes von Laos gegen die USA-Aggression und zur Rettung der Nation so ausgezeichnet.“

Die indische sozialistische Zeitschrift *Mainstream*, 4. Juli 1970, berichtet von dem durch die linkskommunistische Regierung *Namboodiripad* in Kerala (inzwischen von einer „rechtskommunistischen“ ersetzt) verabschiedeten Gesetz über die Landreform, das zum erstenmal in Indien wirklich die unerträglichen Besitz- und Pachtverhältnisse verändern will: „Sicherheit einer fairen Pacht, Höchstgrenze für Landbesitz, Ansiedlung von Landarbeitern und Wiederverteilung von Land an landlose Bauern.“

Die *International Labour Review*, Nummer 5/1970, des Internationalen Arbeitsamtes druckt eine Diskussion international bekannter Ökonomen und Soziologen ab, die Detailvorschläge zu dem Weltbeschäftigungsplan der ILO vorbringen.

Die Zeitschrift der AFL-CIO, *The Federationist*, 5/1970, beschreibt die integrierende Rolle* der israelischen Gewerkschaft *Histradrut* für die Araber in Israel, die die gleichen Löhne, Arbeits- und sozialen Rechte haben wie ihre jüdischen Kollegen.

Europa-Archiv, Nr. 10/1970, enthält eine ausführliche Analyse der Auswirkungen des

britischen EWG-Beitritt auf die Entwicklungsländer des Commonwealth und weiter einen Beitrag des Kabinettschefs in der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, *Trabuc*, über die Bedeutung weltweiter Zollpräferenzen zugunsten der Entwicklungsländer.

ew, ein Informationsdienst des World University Service (*wus*), bringt in der Ausgabe I, 1970 von Horst Breier eine ausgezeichnete Dokumentation über den Sudan — zwischen Afrika und Arabien — heraus.

wus-nachrichten, 1/2, 1970, behandeln umfassend die bisher völlig unzulängliche Ausländergesetzgebung.

In London erscheint *Greek Report*, eine „monatliche Publikation unzensurierter Informationen und Dokumente über griechische Angelegenheiten.“ Die IG Metall, Ortsverwaltung Hannover, hat eine Dokumentation „Gefahr für griechische Demokraten in der Bundesrepublik Deutschland“ herausgegeben.

Die *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 6/1970, bringen eine kritische

Auseinandersetzung zweier SPD-Mitglieder mit ihrer Partei. Sie sehen die Chance der SPD nur darin, daß diese Partei wirkliche politische Aufklärung betreibt; Aufklärung heißt nach Meinung dieser Autoren, „nicht die Ansammlung von Informationen einzelner, um sich damit besser im inneren Kampf der Führungscliquen durchsetzen zu können, sondern sie heißt Darstellung der heutigen Gesellschaftsstrukturen und ihrer Widersprüche, der hinter ihnen stehenden Interessen und Überlegungen, die zu bestimmten Entscheidungen führen und ferner die Wirklichkeiten und Möglichkeiten der sozialen Lage der einzelnen.“

Bruno Heck schreibt in der *Politischen Meinung*, Heft 130/1970, einen programmatischen Artikel über den SPD-Begriff „Demokratisierung der Gesellschaft“, den er als Schlagwort abtut: „In dieser Frage zeigt sich in der Tat die Alternative zwischen den Sozialisten unter den Sozialdemokraten und der Union.“

Barbara Skriver